

Menschenwürde im Mittelpunkt – Partei ergreifen

Die maßgeblichen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht mehr in der Lage, die schöpferischen Kräfte der Menschen zu bündeln und Perspektiven für eine sozial verantwortete Zukunft zu entwickeln, geschweige denn in politisches Handeln umzusetzen.

Den „christlichen Parteien“ ist jede christliche Substanz abhanden gekommen. Maßgeblichen Sozialdemokraten fehlt ein sozial begründetes Politikverständnis, das über den Reparaturbetrieb an den begrenzten Verhältnissen der Gegenwart hinausreicht. Die Grünen haben zu Recht das Verhältnis des Menschen zu seiner äußeren Natur aufgegriffen, vernachlässigen dabei aber die sozialen Bedingungen. Der Freiheitsbegriff ist mit den Liberalen zur Marktfreiheit verkümmert. Der PDS ist es als Nachfolgerin der historisch gescheiterten SED nicht gelungen, ein Zukunftsmodell glaubhaft zu entwickeln.

Dabei wird immer offensichtlicher, dass der schöpferische Charakter des Menschen, seine Würde und sein Lebensmut durch die Rahmenbedingungen nicht mehr zur Entfaltung kommen kann. Angst und Unsicherheit in der Arbeit und in der Gesellschaft deformieren und verkümmern alle, die direkt oder indirekt von unsicheren Arbeitsverhältnissen, von ständiger Mehrarbeit, von mangelnder Aus- und Fortbildung und reduzierter Kaufkraft betroffen sind. Ganz zu schweigen von Menschen ohne Arbeit und Einkommen. Die Existenzangst steht in krassem Widerspruch zu den Möglichkeiten einer reichen und produktiven Gesellschaft.

Deutschland durchlebt eine tiefe Krise der Eliten in Politik und Wirtschaft. Längst hat kurzfristiges Macht- und Gewinnkalkül längerfristige Perspektiven erstickt. Statt mit den Menschen Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten, wird je nach Ideologie eine kaum mehr unterscheidbare Politik „für“ die Menschen gemacht. Statt die demokratischen Räume zu nutzen und zu erweitern, verkommt Demokratie durch den Verweis auf scheinbare Sachzwänge zur leeren Hülse ohne Bindekraft. Statt Menschen in die entscheidenden Gestaltungsprozesse der Unternehmen einzubeziehen und zu beteiligen, werden sie vor vollendete Tatsachen gestellt. So erklärt sich das Potential an Bürgern, das der Politik den Rücken kehrt oder im Betrieb längst innerlich gekündigt hat. Dies wird durch eine nicht nachvollziehbare Selbstbedienungsmentalität der Unternehmensvorstände und ihrer Berater verstärkt.

Gemessen an den Werten der bürgerlichen Gesellschaft, der Menschenwürde, der Freiheit, Gleichheit und Solidarität ist ein tiefgreifender Reformbedarf entstanden. Gewerkschaften, Kirchen und soziale Institutionen formulieren in einzelnen Bereichen darauf gerichtete Ziele. Es fehlt jedoch in der Bundesrepublik Deutschland an der politischen Kraft, die eine solche grundlegende Erneuerung der Gesellschaft zusammenführt und parlamentarisch organisiert.

Menschenwürde kann nur verwirklicht werden, wenn Mindeststandards geklärt sind. Dabei spielen Tarifverträge eine wichtige Rolle. Arbeitszeit, Arbeitsentgelt und Arbeitsbedingungen brauchen Standards, die europäisch und international zur Geltung kommen müssen. Die Teilhabe am Bildungs- und Arbeitsprozess ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine freie Persönlichkeitsentfaltung, wie sie dem Grundsatz der Bundesrepublik Deutschland und der Erklärung der Menschenrechte zugrunde liegt.

Daher begrüßen wir die „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und gleichgerichtete Bewegungen, wenn sie das Ziel einer grundlegenden Reform der Gesellschaft in demokratischer Weise befördern.

Es ist an der Zeit, Partei zu ergreifen: Im Betrieb, in den Schulen und Hochschulen, in Gewerkschaften, sozialen Verbänden und Kirchen und in den Parlamenten.